

presse

Wissenschaft unterstützt SPD-Forderung für einen Pakt für die Lehre

Anlässlich des heutigen Fachgesprächs zu Stand und Perspektiven der Exzellenzinitiative im Bundestagsausschuss für Bildung und Forschung erklärt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann:

Die Wissenschaft ist sich einig: Deutschland braucht eine große, ausreichend finanziell unterlegte Anstrengung zur Stärkung der Qualität in der Hochschullehre. Anders als die erfolgreiche Exzellenzinitiative kann diese aber nicht über zeitlich befristete Wettbewerbe erfolgen. Damit unterstützen der Wissenschaftsrat, die DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) und auch die Berlin-Brandenburgische Akademie in der Sache den von der SPD-Bundestagsfraktion geforderten Studienpakt. Daher ist die von Bundesministerin Schavan vorgeschlagene Ergänzung des bestehenden Hochschulpaktes sowohl im Fördervolumen zu gering als auch aufgrund des wettbewerblichen Ansatzes falsch konstruiert. Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich die Stimmen der Wissenschaft zu hören und den Ländern zur Bund-Länder-Konferenz am 10. Juni 2010 ein nachgebessertes Angebot zu unterbreiten.

Die von der SPD initiierte Exzellenzinitiative hat nach einhelliger Meinung der Wissenschaft einen positiven Aufbruch an den Hochschulen ausgelöst. Sie ist auch deshalb ein so großer Erfolg, weil die Hochschulen durch die exzellenzgesteuerte Forschungsförderung in ihren Spitzenleistungen erkennbar und als "Leuchttürme" auch international wahrnehmbar werden. Die SPD regt eine Initiative an, wie auch die angewandte Forschung an den Fachhochschulen stärker partizipieren kann.

Fast einvernehmlich haben die Wissenschaftsvertreter aber darauf hingewiesen, dass eine qualitative Lehre für alle mit exzellenzorientierten Auswahlverfahren nicht erreicht werden kann. Ein Lehrpakt muss nämlich möglichst flächendeckend und auch dauerhaft zur Verbesserung der Lehr- und

Lernbedingungen an allen Hochschulstandorten beitragen können. Deshalb stellt das SPD-Konzept den massiven Personalausbau in den Mittelpunkt und orientiert sich auch an dem vom Wissenschaftsrat 2008 als Bedarf identifizierten Volumen von 1 bis 1,3 Milliarden Euro im Jahr. Schavans Angebot liegt mit knapp 200 Millionen Euro deutlich darunter und droht ebenfalls unter die Räder der Steuersenkungsphantastereien dieser Koalition zu geraten. Der Bund kann und sollte den Ländern auch im Finanzierungsschlüssel entgegenkommen, um eine möglichst hohe und breite Länderbeteiligung zu sichern.